

Lieber Herr Bundespräsident, liebe Gäste, liebe Renate,
ich freu mich ganz besonders, dass wir gemeinsam hier geehrt werden: ich lese Deine Artikel und Interviews mit großem Interesse und freue mich immer von Neuem, dass so anspruchsvoller Journalismus trotz allem noch möglich ist.

Ich habe in meinen langen journalistischen Leben noch nie einen Preis bekommen. Und wie das so ist mit dem Fuchs und den Trauben, die er nicht erreichen kann, hatte ich für mich beschlossen, dass ein unabhängiger Journalist auch keinen Preis zu bekommen hat. Und so war ich über mich selbst erstaunt, dass ich keinen Augenblick gezögert habe, diesen Preis anzunehmen und ich muss ehrlich gestehen, dass ich mich sehr über ihn freue. Aus drei Gründen.

Erstens trägt er den Namen eines Kollegen, den ich professionell sehr geschätzt habe, dessen Auffassung von Journalismus ich teile und mit dem mich persönlich bis zu seinem Tod eine enge Freundschaft verbunden hat.

Zweitens ist es für mich eine besondere Ehre, dass der Preis vom ersten Bundespräsidenten überreicht wird, den ich aus voller Überzeugung auch selbst gewählt habe – normalerweise stimme ich immer für die, die's dann nicht werden.

Der dritte Grund ist der Zeitpunkt, zu dem ich diesen Preis bekomme. Es gibt Momente in der Geschichte, in der sich Strömungen und Stimmungen derart verdichten, dass sie zu gesellschaftlichen Neuausrichtungen führen. Ich habe den Eindruck, dass wir auf eine solche existentielle Situation zusteuern. Es ist nicht nur die Wirtschaftskrise, die durch ihre Undurchschaubarkeit und Wucht die Menschen verunsichert hat. Sie hat gezeigt, dass die alten nationalen Institutionen längst nicht mehr auf der Höhe der Herausforderungen sind und die neuen supranationalen wie die Europäische Union noch

nicht stark genug, um so eine Krise zu bewältigen. Aber es sind auch die längerfristigen Ermüdungserscheinungen unserer Demokratien: man hat als Bürger immer öfter den resignativen Eindruck, dass man die politischen Entscheidungen eh nicht mitbestimmen kann und die Kontrolle nicht mehr funktioniert, dass es Entscheidungsträger gibt, die scheinbar über den Gesetzen stehen während die Rechnung von allen zu begleichen ist.

Diese Glaubwürdigkeitskrise der Demokratie spielt sich in der Öffentlichkeit ab, der Sphäre, in der die Medien ihre Rolle zu spielen haben, als unabhängige Katalysatoren des öffentlichen Diskurses. Zurzeit freilich erleben wir oft das Gegenteil. Auf dem Boulevard werden die Verunsicherungen bewusst genährt und die Ressentiments geschürt – hier findet kein kritischer Dialog zwischen Bürgern und Regierung statt – hier treiben gewisse Medien die Politiker vor sich her. Offensichtlich kann man damit gute Geschäfte machen. Während der Journalismus, der sich seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung verpflichtet fühlt, vom wirtschaftlichen Druck bedroht ist. Der Kollege Franz Bauer hat das anschaulich geschildert.

Die öffentlich-rechtlichen Medien, die per definitionem dem wirtschaftlichen Renditedruck entzogen und vor der tagespolitischen Einflussnahme geschützt sein sollten, erfahren seit einigen Jahren genau das Gegenteil. Nicht wie gut das Programm, wie zuverlässig recherchiert und unabhängig und kritisch die Information ist – scheint entscheidend zu sein – sondern wie viele Mitarbeiter eingespart worden sind (dazu habe ich meinen persönlichen Beitrag nun geleistet), wie stark das Budget gekürzt werden konnte: das scheinen die neuen Erfolgskriterien zu sein. Das langwierige Tauziehen um neue Rahmengesetze wird immer mehr zum kleinlichen Machtkampf zwischen den Regierungsparteien um Posten und Einflussnahmen. Die Freigabe dringend benötigter finanzieller

Mittel wird von Personalentscheidungen abhängig gemacht. Und je durchschaubarer und offensichtlicher dieses Spiel wird, desto entschiedener wird es von den Politikern öffentlich geleugnet – auch das ist ein Grund für die Glaubwürdigkeitskrise, in der unsere Demokratie steckt: zwischen der konkreten Erfahrung, die die Bürgerinnen und Bürger machen und sehr wohl durchschauen und dem, was man sie glauben machen möchte, klafft eine immer größere Kluft. Je weniger die Medien als unabhängige Instanzen wahrgenommen werden, sondern als Teil der Vernebelungsmaschinerie, desto mehr werden sie selbst Teil der Krise der Demokratie.

Ganz unschuldig freilich sind auch wir Journalisten selbst nicht. Es ist nicht einfach, der Versuchung des populären Erfolgs zu widerstehen, dem Trend des Geschmacks und der Gefälligkeit nachzugeben, wenn alles darauf ausgerichtet zu sein scheint. Wer freut sich nicht über hohe Leserzahlen oder Zuschauerquoten. Und doch sollte man Immanuel Kants Mahnung nicht vergessen, dass Aufklärung eine unbequeme, täglich neue Anstrengung ist. Das Land, in dem ich geboren bin und das Handwerk des Journalismus gelernt habe, zeigt, was passiert, wenn diese Anstrengung nicht mehr unternommen wird. Es ist nicht nur der Ministerpräsident, der der größte Medien-eigentümer des Landes ist. Italien hat noch heute einige der besten Zeitungen und auch Fernsehprogramme Europas – aber sie haben keine entscheidende Wirkung mehr auf die Öffentlichkeit. Diese ist durch eine langjährige Berieselung mit seichtem, pseudoerotischem Varietè-programm (übrigens mit hervorragenden Quoten) sowohl in den privaten als auch in öffentlich-rechtlichen Medien entpolitisiert worden. Auf diesem Hintergrund kann sich ein politisches System etablieren, das in vielen Aspekten einem seriösen Demokratieanspruch nicht mehr gerecht wird. Wir sollten dieses warnende Beispiel nicht als Kuriosität betrachten, sondern als eine Gefahr, die jeder Gesellschaft droht, die die Funktionsfähigkeit unabhängiger und

kritischer Medien nicht genügend schätzt und bewusst fördert. In einer delikaten Situation der Neuorientierung, in der wir uns meiner Meinung nach befinden, stellt sie eine zentrale Garantie für eine demokratische Entwicklung leichtfertig in Frage.

Zum Abschluss noch ein kleines persönliches Anliegen. Ich bin vor 29 Jahren von Rom nach Wien übersiedelt und vier Jahre danach hat mir der Ministerrat die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen. In der Urkunde steht: für besondere Verdienste für die Republik Österreich. Aber dahinter steht in Klammern: noch zu erwartende. So lebe ich also seit vielen Jahren mit der moralischen Last, nicht zu wissen, ob ich die Erwartungen der Republik nun erfüllt habe und ob ich sie als unabhängiger Journalist überhaupt erfüllen kann. Ich wäre Ihnen, lieber Herr Bundespräsident, sehr dankbar, wenn Sie mich vielleicht von dieser Bürde befreien könnten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.